

## Fragen

für die Fragestunde der 147. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 5. März 2008

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	2	Laurischk, Sibylle (FDP) .....	36, 37
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	41, 42	Lenke, Ina (FDP) .....	16, 38
Bonde, Alexander (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	7, 8	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) .....	15, 55
Burgbacher, Ernst (FDP) .....	49, 50	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.) .....	53, 54
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21, 22	Nachtwei, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	1
Dr. Geisen, Edmund Peter (FDP) .....	26, 27	Pau, Petra (DIE LINKE.) .....	13, 14
Gruß, Miriam (FDP) .....	34, 35	Rohde, Jörg (FDP) .....	33
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.) .....	11, 12	Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	45, 46
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	9	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	17, 18
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	23, 24	Schewe-Gerigk, Irmingard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	43, 44
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	51, 52	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	3, 4
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP) .....	31, 32	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	28
Kolbe, Manfred (CDU/CSU) .....	19, 20	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) .....	5, 6
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	10, 25	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	47, 48
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	29, 30	Winkler, Josef Philip (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	13

### Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter  
**Winfried  
Nachtwei**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der Wellingtoner Streumunitionskonferenz, bei der drei Viertel aller anwesenden Länder den Grundsatz eines Totalverbotes jeglicher Streumunition ohne Ausnahmen und ohne Übergangsfristen unterstützte, und aus welchen Gründen versucht die Bundesregierung den Vertragsentwurf für ein vollständiges Verbot jeglicher Streumunition durch Ausnahmeregelungen für vermeintlich ungefährlichere Streumunitionstypen aufzuweichen?
  
2. Abgeordnete  
**Marieluise  
Beck**  
(BREMEN)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Kritik von Amnesty International vom Dienstag vergangener Woche, in Russland sei im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen immer weniger Raum für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, da Oppositionskundgebungen immer wieder aufgelöst würden und unabhängige Journalisten sowie Nichtregierungsorganisationen vom Kreml in ihrer Arbeit behindert würden?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard  
Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass das Bankgeheimnis der Kreditnehmer und Kreditnehmerinnen gewahrt bleibt, wenn sie bereits bei der Aufnahme eines Kredits pauschal einem möglichen Forderungsverkauf zustimmen können, durch den Dritte Zugang zu vertraulichen Informationen bekommen?
  
4. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard  
Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Käufer die „Verwertung der Sicherheiten und Erzielung hoher und intransparenter Erlöse“ – so das Oberlandesgericht München (AZ: 5 U S102/06) – künftig nicht mehr wie bisher ungehindert ausüben können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

5. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, falls die gentechnisch veränderte Kartoffel „Amflora“ eine Zulassung als Futter- und/oder Lebensmittel erhalten sollte, und wie würde sich das auf bereits genehmigte Amflora-Freisetzungsversuche auswirken?
6. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Absprachen hat die Bundesregierung mit den anderen EU-Mitgliedstaaten bezüglich der Nutzung von Artikel 23 der EU-Richtlinie 2001/18 im Falle einer Amflora-Zulassung getroffen, bzw. welche Absprachen beabsichtigt sie zu treffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

7. Abgeordneter  
**Alexander  
Bonde**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat der Flugzeughersteller Airbus, wie in der „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ am 25. Februar 2008 berichtet, der Bundesregierung bereits Vorschläge unterbreitet, den Beschaffungsvertrag des Militärtransporters A400M so zu ändern, dass eine neue Preissteigerungsklausel gültig werden soll und dass verspätete Auslieferungen bis zu einem Jahr ohne Strafzahlungen möglich sind, und wenn ja, auf welche Weise?
8. Abgeordneter  
**Alexander  
Bonde**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge der Firma Airbus zur Veränderung des A400M-Vertrages, und wird sie Modifikationen des Vertrages zu Lasten der Steuerzahler akzeptieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

9. Abgeordnete  
**Ulrike  
Höfken**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Temme AG (Trier) im Auftrag ausländischer Investoren einen so genannten Klein-Reaktor im Kreis Bitburg-Prüm bauen will, der aus dem Kernzerfall einer strahlenden Substanz Energie gewinnen und ins Netz einspeisen soll, und wie bewertet sie diesen Vorgang unter atomrechtlichen und planungsrechtlichen Gesichtspunkten?
10. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Entspricht es den Tatsachen, dass Atomkraftwerke in Teillast gefahren werden, um ihre Laufzeit über die nächste Bundestagswahl hinaus zu verlängern, und wie gedenkt die Bundesregierung darauf zu reagieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

11. Abgeordnete  
**Cornelia  
Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sind Überlegungen, ein Gutachten zum Thema (private) Nachhilfe durch die Bundesregierung in Auftrag zu geben, wie die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, am 13. Dezember 2006 in der parlamentarischen Fragestunde in Aussicht stellte, vorangeschritten, und wann ist gegebenenfalls mit einem solchen Gutachten zu rechnen?
12. Abgeordnete  
**Cornelia  
Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den bekannt gewordenen Versuchen der Scientology-Organisation, mit Hilfe von scheinbarem Nachhilfeunterricht für ihre Organisation zu werben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

13. Abgeordnete  
**Petra  
Pau**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Polizistinnen und Polizisten wurden 2007 bei Auslandseinsätzen der Polizei des Bundes und der Länder (nach § 8 Abs. 1 des Bundespolizeigesetzes und bei bilateralen Auslandseinsätzen sowie bei Auslandsverwendungen zum Schutz von Einrichtungen und Personen) verletzt oder getötet?
14. Abgeordnete  
**Petra  
Pau**  
(DIE LINKE.)
- Welche Einheiten der European Gendarmerie Force (Zahl pro Entsendung, Ausrüstung, Ziel, Dauer des Einsatzes, Kommando) sind seit Ende letzten Jahres in Bosnien-Herzegowina eingesetzt, und welche Verbindungen gibt es zu anderen, besonders deutschen, Polizeikräften im Land?
15. Abgeordnete  
**Dr. Gesine  
Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Zahl der Kindstötungen seit 1990 in Deutschland entwickelt, und wie erklärt sich die Bundesregierung die Entwicklung der Anzahl von Kindstötungen in den neuen Ländern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

16. Abgeordnete  
**Ina  
Lenke**  
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Tatbestand, dass Einverdienerfamilien, bei denen ein Ehepartner sich ganztags der Kindererziehung widmet, schon ein Ehegattensplitting von bis zu 15 414 Euro jährlich erhalten?\*)
17. Abgeordnete  
**Christine  
Scheel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung auf EU-Ebene eine Initiative gegen Steuerflucht und zur Betrugsbekämpfung bei direkten Steuern ergreifen, vergleichbar zu den Abkommen der EU mit Nicht-EU-Ländern zur Betrugsbekämpfung bei den indirekten Steuern, und wenn nein, warum nicht?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 38.

18. Abgeordnete  
**Christine Scheel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung auf EU-Ebene eine Initiative starten zur Neuverhandlung der Zins-Steuer-Richtlinie mit dem Ziel alle Kapitalerträge insbesondere aus Stiftungen und alle Empfänger von Kapitalerträgen einzubeziehen, und wie will sie dabei mit Erträgen aus anonymen Stiftungskapitalien und damit unbekanntem Stiftungseigentümern umgehen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

19. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer strukturpolitischen Verantwortung für Gesamtdeutschland und des weiteren Aufbaus Ost unternommen, um im Rahmen der beabsichtigten Verlagerung der Computerspielmesse von Leipzig/Sachsen nach Köln tätig zu werden?
20. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Aussage der Leipziger Messe-Geschäftsführer gemäß „BILD LEIPZIG“ vom 29. Februar 2008: „Wir hätten uns mehr Unterstützung aus Berlin gewünscht“?
21. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Netzentgelte haben die Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland seit 1998 im Stromsektor erhalten, und in welchem Umfang haben die Übertragungsnetzbetreiber in diesem Zeitraum in Übertragungsnetze investiert?
22. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Stromerzeugungskapazitäten wurden in Deutschland 2007 in Betrieb genommen – bitte unterteilen in erneuerbare Energien und nichterneuerbare Energien, und wie viele wurden in diesem Zeitraum außer Betrieb genommen?
23. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung die Umwidmung des Teils der Steinkohlesubventionen, die zum Abbau von Steinkohle im Saarland vorgesehen waren, in Strukturhilfen und direkte finanzielle Unterstützung für die betroffenen Bergbaubeschäftigten für den Fall, dass das letzte saarländische Bergwerk infolge der bergbaubedingten Erdbeben stillgelegt

werden sollte, und welche konkreten Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um dies zu erreichen?

24. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass bei dem von der E.ON AG angekündigten Verkauf des konzerneigenen Stromübertragungsnetzes öffentliche Interessen wie Energiewettbewerb, faire Verbraucherpreise, Ausbau und Instandhaltung der Netze gewahrt werden, und welche Vorgaben oder Beschränkungen müssen zu diesem Zweck aus Sicht der Bundesregierung für den Verkauf von Stromübertragungsnetzen durchgesetzt werden?
25. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass – wie „DER SPIEGEL“ in seiner Ausgabe vom 25. Februar 2008 berichtet – das Betreiberkonsortium Nord Stream (Ostsee-Pipeline) plant, ein Gemisch mit hochtoxischem Glutaraldehyd in die Ostsee einzuleiten, und wie gedenkt die Bundesregierung darauf zu reagieren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

26. Abgeordneter  
**Dr. Edmund Peter Geisen**  
(FDP)
- Wann und mit welchem Ergebnis ist für den Fall, dass sich die Bundesregierung in Verhandlungen mit der polnischen Regierung bezüglich der Pauschalierung der Sozialabgaben für polnische Erntehelfer befindet, zu rechnen?
27. Abgeordneter  
**Dr. Edmund Peter Geisen**  
(FDP)
- Ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Bereitschaft der neuen polnischen Regierung größer, eine unbürokratische und für beide Seiten zufriedenstellende Lösung bezüglich der Sozialabgaben zu finden, und wenn ja, woran macht sich das bemerkbar?
28. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die in einer Pressemitteilung (Nummer 10/08 vom 22. Februar 2008) erhobenen Forderungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, und des Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung



- der Vereinten Nationen, Vernor Muñoz, auf eine Schule für alle (also Inklusion statt Integration) sowie die Verwendung des Begriffs „Inklusion“ (statt „Integration“) in der offiziellen deutschen Übersetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen?
29. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Handlungsempfehlung der Bundesagentur für Arbeit mit dem Titel „Diagnose der Arbeitsfähigkeit besonders betroffener behinderter Menschen nach § 33 Abs. 4 SGB IX“?
30. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie soll sichergestellt werden, wenn – wie zu erwarten ist – weniger Menschen in den Berufsbildungsbereich der Werkstätten einmünden, eben diesen Menschen auch langfristig eine entsprechende Unterstützung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zukommt, und hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob die Bundesagentur für Arbeit den zu erwartenden Mehrbedarf auch langfristig in ihren Eingliederungstitel eingeplant hat?
31. Abgeordneter  
**Dr. Heinrich L. Kolb**  
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung in der Umsetzung der vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 20. Februar 2008 angekündigten Möglichkeit einer Verlängerung der SGB-II-Trägerschaft der Optionskommunen über den vorgesehenen Zeitraum von sechs Jahren hinaus ein Problem hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und dem Konnexitätsprinzip?
32. Abgeordneter  
**Dr. Heinrich L. Kolb**  
(FDP)
- Soll nach den Planungen vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, die Zulassung der Optionskommunen befristet oder unbefristet verlängert werden?
33. Abgeordneter  
**Jörg Rohde**  
(FDP)
- In welchem Stadium befindet sich die Allgemeinverbindlicherklärung des Mindestlohntarifes zwischen dem Arbeitgeberverband Intex und der IG Metall durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, und beabsichtigt die Bundesregierung die Einbeziehung der textilen Dienstleistungsbranche ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

34. Abgeordnete  
**Miriam  
Gruß**  
(FDP) Für welchen Zeitraum der Betreuung durch die Eltern soll das Betreuungsgeld gezahlt werden?
35. Abgeordnete  
**Miriam  
Gruß**  
(FDP) Wie wird sich die Einführung eines Betreuungsgeldes voraussichtlich in denjenigen Bundesländern auswirken, in denen ein Betreuungsgeld oder Landeserziehungsgeld gewährt wird, d. h. wird das Betreuungsgeld auf Bundesebene mit Zahlungen der Länder verrechnet, oder wird es Einsparungen auf Landesebene zur Folge haben?
36. Abgeordnete  
**Sibylle  
Laurischk**  
(FDP) Wie hoch soll das monatliche Betreuungsgeld gemäß der Absprache zwischen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesminister der Finanzen sein?
37. Abgeordnete  
**Sibylle  
Laurischk**  
(FDP) Sollen alle Familien das Betreuungsgeld erhalten?
38. Abgeordnete  
**Ina  
Lenke**  
(FDP) Soll das Betreuungsgeld einkommensabhängig oder als monatlicher Pauschalbetrag gezahlt werden?\*)
39. Abgeordneter  
**Josef Philip  
Winkler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Warum hat man das Christival nicht direkt und nur über Umwege gefördert, und welche Träger haben hierfür welche Summen erhalten?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 16.

40. Abgeordneter  
**Josef Philip Winkler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Geeignetheit eines Trägers für die Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs (Wüstenstrom e. V.), der für eine der möglichen schädlichen Folgen des Missbrauchs „Entwicklung von homosexuellen Neigungen“ hält ([wuestenstrom.de](http://wuestenstrom.de)) und Homosexualität für eine veränderungsbedürftige Veranlagung hält?
41. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Darstellung der Umstände der Absage des Christival-Seminars zu Homosexualität ist die zutreffende: a) die der Bundesregierung, nach der es nach Intervention des BMFSFJ und einer negativen inhaltlichen Einschätzung durch die AEJ (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend) aus dem Programm genommen wurde (Brief Bundesministerin an mich 1. Februar 2008: „Ich habe Ihr Schreiben zum Anlass genommen, beim Träger diesbezüglich prüfen zu lassen, wie es zu einem derartigen Angebot kommen konnte. Die Fachleute des verantwortlichen Verbandes AEJ teilen nach gründlicher Recherche und Auseinandersetzung mit den Veranstaltern des betreffenden Seminars weder deren humanwissenschaftlichen Ansatz noch deren theologisch-weltanschauliche Position und daraus resultierende, angeblich therapeutische Konsequenzen. Insofern ist das Seminar nach entsprechender Intervention aus dem Programm des Christivals 2008 genommen und gestrichen worden.“ Bundestagsdrucksache 16/8022, Frage 11: „... wurde nach Intervention auch aus dem gestrichen./Plenarprotokoll 16/141 Frage 34: „Die Bundesministerin ... hat bei der ... (AEJ) diesbezüglich prüfen lassen, wie es zu einem derartigen Seminarangebot gekommen ist. ... dass sie nach gründlicher Recherche und Auseinandersetzung mit den Veranstaltern des betreffenden Seminars weder deren humanwissenschaftlichen Ansatz noch deren theologisch-weltanschauliche Position und daraus resultierende, angeblich therapeutische Konsequenzen teilen. ... Seminar ... gestrichen worden. Die Bundesregierung hält dies für einen gebotenen und angemessenen Schritt.“ Oder b) die Darstellung der Veranstalter, derzufolge das Seminar von den Referenten selbst abgesagt wurde und auch die AEJ das Seminar gegen Kritik verteidigt (Pressemitteilung Christival vom 9. Januar 2008): „... von den beiden Referenten heute abgesagt (<http://christival.de/presse/Presse-1-2008.pdf>). Brief der AEJ 12. Februar 2008: „Wir haben mit Bedauern die Irritationen um das Seminar Nr. 644, ... zur Kenntnis genommen. [...] Der ... Workshop richtete sich an Menschen, die subjektiv an ihrer Homosexualität leiden und nach Veränderungsmöglichkeiten suchen. [...] Insofern liegt dieser Workshop auf der Linie der Beschlusslage der aej von 1996“ (<http://christival.de/data/downloads/aej>

offener\_Brief.pdf), und wie stellt sich der genaue Ablauf der Ereignisse nach Sicht der Bundesregierung dar?

42. Abgeordneter  
**Volker  
Beck  
(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung die öffentliche (Umweg-)Förderung des Christivals 2008 in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 16/8002) ebenso wenig erwähnt wie die Veranstalter selbst auf ihrer Homepage, und in welcher Weise (über welche Wege genau, d. h. welche Weiterleitung von Mitteln in welcher Höhe über welche Träger – 250 000 Euro nur für AEJ laut Plenarprotokoll 16/141, S. 14851 (A); oder AEJ und CVJM, S. 14851 (C); AEJ und CVJM, S. 14852 (A)) im Einzelnen, welcher förderungsrechtlicher Status (institutionelle Förderung, Fehlbedarfsfinanzierung etc.) erfolgt die Förderung?

43. Abgeordnete  
**Irmingard  
Schewe-Gerigk**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung die Konvention des Europarates gegen Menschenhandel SEV-Nr.: 197 vom Mai 2005 bisher nicht vom Bundestag ratifizieren lassen?

44. Abgeordnete  
**Irmingard  
Schewe-Gerigk**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wann beabsichtigt sie, die Ratifizierung durchzuführen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

45. Abgeordnete  
**Elisabeth  
Scharfenberg**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung den zwischen den Fraktionsspitzen bei der Koalitionsklausur der CDU, CSU und SPD am 26. und 27. Februar 2008 ausgehandelten Kompromiss umzusetzen, nach dem nunmehr das einzelne Bundesland die Entscheidungshoheit darüber bekommen soll, ob in dem jeweiligen Land Pflegestützpunkte errichtet werden sollen oder nicht?

46. Abgeordnete  
**Elisabeth Scharfenberg**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie soll es rechtlich konkret ausgestaltet werden, wenn die Einigung der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD zu den Pflegestützpunkten dahingehend auszulegen ist, dass die Länder die Pflege- und Krankenkassen verbindlich mit der Errichtung von Pflegestützpunkten beauftragen können, bzw. wie ist die Einigung sonst zu verstehen?
47. Abgeordneter  
**Dr. Harald Terpe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist in dem zwischen den Fraktionsspitzen bei der Koalitionsklausur am 26. und 27. Februar 2008 ausgehandelten Kompromiss zu den Pflegestützpunkten eine Mischfinanzierung der Stützpunkte durch Länder und Pflege- und Krankenkassen vorgesehen, und falls ja, in welcher Form?
48. Abgeordneter  
**Dr. Harald Terpe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Droht nach Ansicht der Bundesregierung mit dem zwischen den Fraktionsspitzen bei der Koalitionsklausur am 26. und 27. Februar 2008 ausgehandelten Kompromiss zu den Pflegestützpunkten eine föderale Zersplitterung der Bereitstellung und Zugänglichkeit von Stützpunkten für die Versicherten und damit das Scheitern der ursprünglich geplanten flächendeckenden Einführung, wie auch aus den sehr unterschiedlichen Reaktionen einzelner Länder auf den Kompromiss hervorgeht, und falls nein, weshalb nicht?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

49. Abgeordneter  
**Ernst Burgbacher**  
(FDP)
- Welchen Stellenwert hat der zweigleisige Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Singen für die Bundesregierung, nachdem die Schweiz bis 2012 den ICE zwischen Zürich und Stuttgart um acht Minuten beschleunigt?
50. Abgeordneter  
**Ernst Burgbacher**  
(FDP)
- In welchem Zeitrahmen ist die Bundesregierung bereit, den zweigleisigen Ausbau südlich von Horb umzusetzen?

51. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Sachstand bei der Erstellung des Berichts zum Zustand der Bundesfernstraßenbrücken, und wann wird dieser Bericht dem Bundestag zugeleitet?
52. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Von welchen Kosten für die Sanierung der Brücken geht die Bundesregierung aus, und wo liegen die Schwerpunkte der Sanierung?
53. Abgeordnete  
**Dorothee Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen gesetzlichen und vertraglichen Regelungen will die Bundesregierung bei einer Kapitalprivatisierung von Teilen der Deutsche Bahn AG gewährleisten, dass – gemäß den Vorgaben der Europäischen Union – die unternehmerischen und operativen Entscheidungen des Netzbereichs unabhängig von denjenigen der Transportbereiche getroffen werden, und welche, über die im „Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes“ auf Bundestagsdrucksache 16/6383 hinausgehenden gesetzlichen Regelungen erwägt die Bundesregierung zu treffen, um die Qualität und die Kapazität der vorhandenen Bundesbahneninfrastruktur auf Dauer zu gewährleisten?
54. Abgeordnete  
**Dorothee Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass ein Zusammenfassen der Bereiche Personenfernverkehr, Personennahverkehr und Güterverkehr der Deutsche Bahn AG zu einer eigenständigen kapitalprivatisierten Holdinggesellschaft keine Verschmelzung wesentlicher Teile der Deutsche Bahn AG darstellt, und wie entspricht dies den Vorgaben des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes (DBGrG)?
55. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- In welchen Ausschüssen und zu welchen Anträgen, in denen das Thema Ostdeutschland behandelt wurde (z. B. Rentenangleichung, Abwanderung von jungen Menschen aus den neuen Ländern, ärztliche Versorgung im ländlichen Raum) war der zuständige Bundesminister im Jahr 2006 anwesend?



